

Was ist das Ziel der kommunistischen Aktivitäten?

Angesichts der Krise ist es nicht nur in Österreich wichtig, alle Anstrengungen der Menschen, die für eine bessere Gesellschaft eintreten, auf ein gemeinsames Ziel hin zu orientieren. Jede und jeder kann ihren/seinen Beitrag leisten: Linke Splittergruppen, Parteien, Gewerkschaftsinitiativen, ArbeiterInnen und Angestellte, Religiöse und Atheisten, KünstlerInnen und ForscherInnen, frei schwebende Intellektuelle, Bürgerinitiativen. Was aber sollte das gemeinsame Ziel all dieser Menschen sein? Eine gewichtige Stimme hat sich dazu vor mehr als 130 Jahren eindeutig geäußert: Am 5. Jänner 1879 gab Karl Marx der Chicago "Tribune" eines seiner wenigen Interviews. Als die Sprache auf das Programm der Deutschen Sozialdemokraten kam, meinte er, dass die linken Parteien jedes Landes auf je besondere Weise ihre Politik gestalten würden, das einzig Verbindende wäre aber das gemeinsame Ziel. Darauf der Interviewer: „Und das wäre die Vorherrschaft (supremacy) der Arbeit?“. Marx stellte richtig: **„Die Emanzipation der Arbeit“** (emancipation of labour).

Diese kurze Aussage hat es in sich. In traditioneller Lesart könnte sie als Befreiung der Arbeit aus der Lohnsklaverei verstanden werden. Die Arbeiterklasse erringt über eine Revolution die politische Macht und errichtet die Diktatur des Proletariats. Soweit – so gut. Sieht man aber mit einem Blick, der durch den Feminismus erweitert ist, auf die Arbeit der gesamten Gesellschaft und nicht nur auf die Lohnarbeit, zeichnen sich andere Konturen einer Emanzipation von Arbeit ab, die auf einer Konferenz in Deutschland zum Thema gemacht wurden: Anfang Juni fand in Esslingen bei Stuttgart das vierzehnte Mal die Internationale InkriT-Tagung statt. InkriT steht für „Berliner Institut für kritische Theorie“, ein eingetragener Verein, der 1996 gegründet wurde. Die InitiatorInnen der Tagung, Frigga und Wolfgang Haug, versammeln jährlich mehr als 100 SpezialistInnen zur Diskussion von wichtigen Begriffen des Marxismus, um sie dann dem „Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus“ einzuverleiben, das sie herausgeben. Diese Initiative ist umso bemerkenswerter, als keine öffentliche Förderung dahintersteht. Sie lebt vom Enthusiasmus der TeilnehmerInnen, die alles selbst bezahlen. Bisher sind 8 Bände erschienen, diesmal wurden die Stichwörter mit den Anfangsbuchstaben K und L behandelt. Man kann annehmen, dass der Buchstabe Z erst in etwa 15 Jahren erreicht sein wird.

Im Rahmen der Tagung gab es einen sogenannten Thementag, der heuer der demokratischen Planung und solidarischen Ökonomie gewidmet war.

Frigga Haug: Es gibt mehr Arbeit als die Lohnarbeit

In einer speziellen Sitzung wurden Konzepte emanzipatorischer Arbeitspolitik der Zukunft behandelt: „Die-vier-in-einem Perspektive“ von Frigga Haug, die „Halbtagsgesellschaft“ von Carsten Stahmer und das „Bedingungslose Grundeinkommen“ von Sascha Liebermann.

Die Soziologin und Philosophin Haug, die bis zu ihrem Ruhestand im Jahr 2001 einen Lehrstuhl an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik innehatte, will mit ihrer „Vier in einem Perspektive“ eine Erweiterung und Präzisierung der Orientierung geben, die die Arbeiterbewegung seit 150 Jahren mit ihrer Forderung nach der Überwindung entfremdeter Lohnarbeit vertrat. Frigga Haug nimmt Marx beim Wort, dessen Konzept umfassender war. Er trat für eine Gesellschaft ein, in der die Entwicklung eines jeden die Voraussetzung der Entwicklung aller ist. In einer solchen Sicht ist Arbeit nicht auf Lohnarbeit beschränkt ist, sondern bezieht alle Formen menschlicher Arbeit ein, die häusliche Sphäre ebenso wie die sonstigen unbezahlten Tätigkeiten. Frigga Haugs Ziel ist es, einen Orientierungsrahmen zu bieten, der die fragmentierten politischen Kämpfe in eine Verknüpfung, in einen größeren Zusammenhang bringt. Es geht ihr darum, die mehr als genug vorhandene Arbeit (allerdings nicht immer bezahlt) gerechter zu verteilen, indem vier verschiedene Tätigkeiten, die Erwerbsarbeit, die Reproduktionsarbeit, die individuelle Entwicklung und die politische Arbeit in einem neuen Zeitregime etwa gleich auf alle arbeitsfähigen Menschen verteilt wird. Sie sieht es dabei als kontraproduktiv, würde ein Bereich von Arbeit als einziger in den Vordergrund gedrängt werden. „(Kein Bereich P.F.)... sollte ohne die anderen verfolgt werden, denn angezielt ist eine politische Lebensgestaltung, die umzusetzen wahrhaft lebendig wäre, sinnvoll, eingreifend, und lustvoll zu genießen. Dies ist kein Nahziel, nicht heute und hier durchsetzbar. Aber es kann als Kompass dienen für die Bestimmung von Nahzielen in der Politik, als Maßstab für unsere Forderungen, als Basis unserer Kritik, als Hoffnung, als konkrete Utopie, die alle Menschen einbezieht...“

Sascha Liebermann: Bedingungsloses Grundeinkommen

Der Dortmunder Soziologe und Mitbegründer der Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“, Sascha Liebermann vertrat die Forderung nach der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens und verteidigte sie gegen Kritiken, an denen es nicht mangelt. Er meint, dass die Politik heute den Bürgern misstrauen und daher positive gesellschaftspolitische Entwicklungsmöglichkeiten verhindern würde. Insbesondere würde das bedingungslose Grundeinkommen als Schlaraffenland gesehen, das mit Nichtstun und Herumhängen verbunden wäre. Ohne Arbeitsdisziplin drohe haltlose Ausschweifung. „Je länger wir angesichts der Möglichkeit, uns von der Arbeitsverpflichtung zu befreien und vollkommen in die Bürger zu vertrauen, dieser Chance verschließen, desto mehr untergraben wird das

Fundament unseres Gemeinwesens...Nicht wird der Mensch durch Arbeit zum Menschen, sondern durch seine Anerkennung als Zweck an sich in einem Gemeinwesen und in der Familie", so Liebermann. Er betont die positiven Seiten des Grundeinkommens: „Ein bedingungsloses Grundeinkommen ermöglichte z. B. Wissenschaftlern, die keine Anstellung finden, dennoch zu forschen; es ermöglichte Künstlern Kunstwerke zu schaffen, ohne der ständigen Existenznot ins Auge blicken zu müssen...Wer sich bürgerschaftlich engagieren oder sich für seine Kinder und die Familie entschiede, könnte dies ebenso frei von Existenzängsten tun.“ Mit diesen Aussichten auf ein selbstbestimmtes Leben, in dem die unterschiedlichen Bereiche von Arbeit in gleicher Weise bewertet und gesellschaftlich anerkannt wären, überschneidet sich sein Konzept mit dem von Frigga Haug. Beide Vorschläge tragen meiner Auffassung nach einen utopischen Charakter. Es ist nötig, mit sozialwissenschaftlichen Methoden und mit praktischen Experimenten die Realisierungschancen und die politische Bereitschaft der BürgerInnen auszuloten, um diese Utopien realisieren zu können.

Carsten Stahmer: Die Halbtagsgesellschaft

Das dritte Konzept neuer Arbeitspolitik von Carsten Stahmer verkörpert einen eher realistischen Ansatz. Im Sammelband „Die Halbtagsgesellschaft - Konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft“ verlangt der geborene Berliner, langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden und erfahrener Ökonom ein „grundsätzliches Umdenken der Gesellschaft im Hinblick auf die Bewertung von unbezahlter und bezahlter Arbeit. Während unbezahltes Engagement heutzutage im allgemeinen Sprachgebrauch noch nicht einmal als Arbeit angesehen wird, wird in einer Halbtagsgesellschaft ein gleiches gesellschaftliches Prestige für beide Arbeitsformen angestrebt. Ebenso dürften Hausmänner nicht mehr belächelt, sondern eher umgekehrt Menschen mit übermäßiger beruflicher Arbeitszeit (Stichwort Workaholics) als bedauerliche, hilfsbedürftige Wesen behandelt werden. Unterbrechungen der bezahlten Berufsarbeit durch verschiedene Formen des sozialen Engagements würden nicht zu einem Karriereknick führen, sondern geradezu eine unabdingbare Voraussetzung für eine weitere berufliche Karriere sein.“ „Es wird angestrebt, dass alle erwerbsfähigen Menschen – unabhängig von ihrem Geschlecht – im langjährigen Durchschnitt die eine Hälfte ihrer Arbeitszeit für bezahlte Erwerbsarbeit, die andere Hälfte für unbezahlte Hausarbeit und soziales Engagement in seinen verschiedenen Formen (z.B. Kinderbetreuung, Pflege von Kranken und Alten, Ehrenamt in sozialen Einrichtungen usw.) verwenden. Diese zeitliche Aufteilung kann z.B. bedeuten, dass einigen Jahren mit bezahlter Vollzeitbeschäftigung eine gleiche Zeitspanne mit unbezahlten Tätigkeiten folgt.“ Die Finanzierung wäre gesichert – und damit begibt er sich einen Schritt weg von der Utopie

in Richtung Verwirklichung, wenn „diejenigen herangezogen werden, die im Modell der Halbtagsgesellschaft nicht auf lange Erwerbsarbeitszeiten und entsprechend höhere Einkommen verzichten wollen. Sie müssten erheblich höhere Steuern zahlen, da die von ihnen nicht geleisteten unbezahlten sozialen Tätigkeiten von der Gemeinschaft übernommen werden müssten.“

Stärkung von Solidarität und Mitmenschlichkeit

Mein eigener Beitrag auf der InkriT-Tagung bestand darin, diese drei Konzepte in Bezug auf ihre Verwirklichung auf den Prüfstand zu stellen. Sie unterscheiden sich durch den Grad der Konkretisierung der jeweiligen Initiativen, aber andererseits enthalten alle drei Aspekte, die für einen umfassenderen Ansatz von Bedeutung sind. Während sowohl Frigga Haugs als auch Sascha Liebermanns Konzept einstweilen stark utopische Züge tragen, geht Carsten Stahmers Ansatz von der Gegenwart aus und macht Vorschläge für realistische Einkommenshöhen und die Finanzierung und Umverteilung der Einkommen. Ich selbst würde es vorteilhaft finden, wenn ein bedingungsloses Grundeinkommen wohl bedingungslos bezüglich der Anspruchsberechtigung ist, aber doch verbunden mit bestimmten Rahmenbedingungen eingeführt wird. Es sollte so viel (wenn auch möglichst automatisiert) produziert werden, dass die Menschen ein „Gutes Leben“ führen können. Zusätzliche Rahmenbedingungen sollten den menschlichen Zusammenhalt der Gesellschaft verstärken, Möglichkeiten zur gesellschaftlichen, künstlerischen, politischen, wissenschaftlichen und sozialen Betätigung sollten angeboten werden, eventuell sogar Anreize dafür geschaffen werden. Damit könnte der voranschreitenden Vereinzelung der Menschen und dem Konkurrenzdenken im herrschenden kapitalistischen System ein Riegel vorgeschoben werden und Solidarität und Mitmenschlichkeit unterstützt werden. Wie das im Einzelnen gehen könnte, dafür lassen sich nur grundsätzliche Überlegungen anstellen, die auch Umverteilungseffekte, Demokratie, Nachhaltigkeit des Sozialen, ökologische Fragen, Energieprobleme und Friedenssicherung mit einem Blick auf die sich entwickelnden Länder berücksichtigen sollten. Letztlich bedarf es eines gesellschaftspolitischen Diskussions- und Entscheidungsprozesses einer breiten Öffentlichkeit. Das ist aber eine andere Geschichte...